

## 205. Sitzung des Grossen Gemeinderates

27. April 2009, 19:00 Uhr, Gemeindesaal Lötschberg, Spiez

Vorsitz	Ursula Zybach, GGR-Präsidentin
Anwesende Mitglieder	<p>EDU Barbara Gradwell</p> <p>EVP Godi Bärtschi Andreas Bürki Anna Fink Markus Kiener Markus Wenger</p> <p>FDP Reto Gerber Philipp Giesser Urs Gurtner Ernst Hautle Daniel Lanz Monika Lanz</p> <p>FS Martin Fink Evi Hürlimann Pia Hutzli</p> <p>GS Klaus Aegerter Bastian Christen Nadja Keiser Philipp Zimmermann</p> <p>SP Eliane Baumann Peter Beyeler Irma Grandjean Bernhard Hauck Walter Holderegger Susanne Kaiser Albert Trummer Ursula Zybach</p> <p>SVP Kurt von Känel Peter Kislig Peter Luginbühl Urs Maibach Paul Müller Marianne Roe Jürg Staudenmann Rudolf Thomann</p>
Anwesend zu Beginn	35 Mitglieder; der Rat ist beschlussfähig
Jugendrat	--

Sekretär	Konrad Sigrist	
Protokollführer	Adrian Zürcher	
Presse	Svend Peternell Jürg Spielmann Simon Schmutz	Berner Oberländer / Thuner Tagblatt Radio BeO
ZuhörerInnen	ca. 10 Personen	
Vertreter Gemeinderat	Franz Arnold Klaus Brenzikofer Jolanda Brunner Ursula Erni Kurt Frei Christoph Hürlimann Stefan Kocherhans	SP SVP SVP EVP SP FS FDP
Entschuldigt	Theres Indermühle (Ferien)	SVP

## E R Ö F F N U N G

**Die Vorsitzende** begrüsst die Mitglieder beider Räte, die Vertreter der Medien, den Sekretär, den Protokollführer, sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer zur 205. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Spiez.

### Traktandenliste

32. Protokoll der Sitzung vom 2. März 2009
33. Informationen des Gemeindepräsidenten
34. Wirtschaftsförderung in der Gemeinde Spiez / EA E. Hautle (FDP)
35. Beantwortung von Einfachen Anfragen / EA K. Aegerter (GS)
36. Verschiebung Datum Läset-Sunntig / EA B. Gradwell (EDU)
37. Finanzierung der Finanzvermögenliegenschaften / Motion SVP-Fraktion (H. Leuthold)
38. Anpassung Wahlverfahren / Motion FDP-Fraktion (D. Lanz)
39. Abschaffung NPM / Motion FDP-Fraktion (D. Lanz)
40. Entlastung von Familien und Gewerbe bei den Strompreisen / Motion SVP-Fraktion (J. Staudenmann)
41. Schulleitungsmodell / Motion K. Aegerter (GS)
42. Energiestadtlabel / Motion SP-Fraktion (U. Nyffenegger)
43. Änderung Wahl- und Abstimmungsreglement / Motion SVP-Fraktion (M. Roe-Zurbuchen)
44. NPM Modell / Motion SVP-Fraktion (J. Staudenmann)

## V e r h a n d l u n g e n

### 32 13 Protokoll

#### Protokoll der Sitzung vom 2. März 2009

Das Protokoll wird genehmigt.

### **33 1.401 Gemeindepräsident Informationen des Gemeindepräsidenten**

#### **Wärmeversorgung**

**Franz Arnold:** Es ist geplant zusammen mit einem sogenannten Contractor eine Wärmeversorgung zu realisieren. Die Umwelt- und Planungskommission wird dem Gemeinderat auf die Sitzung vom 4. Mai 2009 einen Antrag unterbreiten, wer Partner (Contractor) der Gemeinde Spiez wird.

#### **Ortsplanungsrevision**

Die Ortsplanungsrevision ist auf Kurs. Das Evaluationsverfahren betreffend Wahl des Planungsbüros ist abgeschlossen. Der Gemeinderat wird ebenfalls am 4. Mai 2009 darüber befinden. Die Ortsplanungsrevision ist ein Prozess, welcher im Jahre 2011 abgeschlossen sein sollte.

#### **Kinderarzt Spiez**

Die Anzeichen sind positiv, dass ab 1. September 2009 in Spiez wieder ein Kinderarzt praktizieren wird. In Zusammenarbeit mit dem Spital Thun wurden gewisse Anstrengungen unternommen. Zu gegebener Zeit wird die Gemeinde zusammen mit dem Spital Thun die Presse und die Öffentlichkeit informieren.

#### **Gesamtorganisation Marketing AG**

Von allen politischen Parteien wurde eine Stellungnahme zum Projekt Gesamtorganisation Marketing AG eingereicht. Dies wurde vom Ausschuss Gesamtorganisation positiv aufgenommen. Die kritisch aufgeworfenen Fragen werden im Hinblick auf die GGR-Sitzung vom 22. Juni 2009 in die Vorlage aufgenommen und es wird versucht, diese zu beantworten.

#### **Raumbedarf Gemeindeverwaltung**

Die Gemeindeverwaltung ist betreffend Raumbedarf in Nöten. In naher Zukunft wird versucht eine Lösung für die Sozialen Dienste zu finden. Mittel- und langfristig wird auch für die Bibliothek versucht eine Lösung zu finden. Es gibt verschiedene Varianten (Thunstrasse 4 - 6 etc.). Die favorisierte Lösung wird dem GGR zu gegebener Zeit vorgestellt werden.

#### **Ehrenbürger Ernst Jaggi**

Ernst Jaggi war ein engagierter Berufsmann, aber auch ein Mensch mit einem grossen sozialen Engagement. Er übernahm in der Einwohnergemeinde Spiez verschiedene öffentliche Ämter und verstand es gut, sich für die Anliegen gerade der einfachen Menschen zu engagieren. Von 1953 bis 1960 war er Mitglied des Gemeinderats und von 1967 bis 1976 Gemeindepräsident von Spiez. Damals wie heute bedeutete die Übernahme eines öffentlichen Amtes eine zusätzliche Belastung; dies war für Ernst Jaggi eine Selbstverständlichkeit und eine Pflicht gegenüber der Gemeinschaft. Dabei hatte er nicht den persönlichen Vorteil, sondern stets das Wohl der Gemeinschaft in den Vordergrund gestellt. 1965 bis 1971 war er Mitglied des eidgenössischen Parlaments. Als Nationalrat der SP waren ihm besonders die Bedürfnisse und Anliegen der einfachen Bevölkerung ein zentrales Anliegen. Er hat diese Interessen auf nationaler Ebene mit Überzeugung und zum Nutzen aller eingebracht und vertreten. Ernst Jaggi war ein langes Leben beschieden. Auch nach seinem beruflichen und politischen Abgang und dem Übertritt in die Pensionierung hat er die Geschehnisse in der Gemeinde Spiez mit Interesse weiterverfolgt und wann immer möglich, an ge-

sellschaftlichen Anlässen teilgenommen. In den vergangenen Jahren konnte man anlässlich des Geburtstags jeweils feststellen, wie wachsam und interessiert der Verstorbene das aktuelle Geschehen in der Gemeinde, aber auch darüber hinaus verfolgte. Sein Interesse, oder vielleicht sein Gwunder, hielten ihn wach und machten ihn damit zu einem stets aufmerksamen, interessierten und damit interessanten Gesprächspartner und Zeitgenossen. Am 27. Juni 1977 hatte ihn die Einwohnergemeinde Spiez zum Ehrenbürger ernannt. Damit setzte sie ein ausdrückliches Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung gegenüber der grossen politischen Leistung von Ernst Jaggi über all die Jahre – im Interesse der schweizerischen Bevölkerung, aber insbesondere auch zugunsten der Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Spiez, gesetzt. Am 11. März 2009 fand die Beerdigung und Abdankungsfeier für Ehrenbürger Ernst Jaggi statt. Der Gemeinderat von Spiez möchte den Angehörigen, besonders der Ehefrau an dieser Stelle nochmals seine aufrichtige Anteilnahme ausdrücken.

### **34 1.304 Einfache Anfragen Wirtschaftsförderung in der Gemeinde Spiez / EA E. Hautle (FDP)**

#### **Ausführungen des Gemeinderates**

**Franz Arnold:** Ergänzend zur vorliegenden schriftlichen Antwort wird festgehalten, dass der Gemeindepräsident für die Wirtschaftsförderung in der Gemeinde Spiez zuständig ist. Für Auskünfte betreffend freie Landflächen und Räumlichkeiten ist jeweils auch die Bauverwaltung (Planung) zuständig. Die Wirtschaftsförderung der Gemeinde Spiez ist im WRT gut vertreten. Die Fr. 13'000.00 pro Jahr sind gut investiert. Es ist jedoch schwierig einzuschätzen, welchen Gegenwert dieser Beitrag auslöst. Zur Zeit sind Diskussionen im Gang betreffend Regionalkonferenz Thun-Oberland-West. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche Aufgaben diese Konferenz übernehmen wird. Die Wirtschaft wird sicherlich auch ein Teil davon sein. Ob dereinst der WRT aufgehoben wird, kann noch nicht beantwortet werden. Ziel ist es, möglichst viele Organisationen in die Regionalkonferenz einzubinden. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss der Gemeinderat auch über die Gemeindegrenzen hinaus schauen und sich entsprechend informieren.

**Ernst Hautle** zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

### **35 1.304 Einfache Anfragen Beantwortung von Einfachen Anfragen / EA K. Aegerter (GS)**

#### **Ausführungen des Gemeinderates**

**Franz Arnold:** In der Einfachen Anfrage wird die Frage aufgeworfen, wie weit es statthaft und zulässig ist, bei der Beantwortung einer Einfachen Anfrage auch Themen zu behandeln, welche nicht in einem direkten Zusammenhang mit der Anfrage stehen. Wichtig dabei ist, dass die Geschäftsordnung des GGR eingehalten wird (Art. 31). Es handelt sich nicht um eine exakte Wissenschaft. Die betreffende Einfache Anfrage hat ein Thema behandelt, welches im Vorfeld einige Emotionen ausgelöst hat. Es bestand deshalb ein gewisser Informationsbedarf. Für den Gemeinderat war deshalb klar, hier Auskunft zu geben. Wichtig ist es für den Gemeinderat auch, dass von Fall zu Fall angepasst an die Situation objektiv und ausgewogen informiert wird. So gesehen ist der Gemeinderat der Auffassung, dass die Spielregeln eingehalten wurden und keine Übergriffe stattgefunden haben.

**Klaus Aegerter** zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates nicht ganz befriedigt.

### 36 1.304 Einfache Anfragen Verschiebung Datum Läset-Sonntag / EA B. Gradwell (EDU)

**Barbara Gradwell:** Mit der Harmonisierung der Schulferien im Kanton Bern werden ab dem Jahr 2010 in Spiez die Herbstferien um eine Woche vorverschoben, d.h. die Herbstferien fallen in Zukunft auf die DIN-Wochen 39-41 und nicht mehr wie bis anhin auf die DIN-Wochen 40-42.

Jedes Jahr, am letzten Wochenende im September, findet unser Spiezer Winzerfest, der Läset-Sonntag, statt. Mit der Neuregelung der Schulferien wird in Zukunft der Läset-Sonntag mitten in die Herbstferien fallen. Da erfahrungsgemäss viele Spiezerfamilien im Herbst in die Ferien verreisen, werden somit zahlreiche Spiezerinnen und Spiezer und Ihre Kinder den Läset-Sonntag verpassen.

**Frage:** Ist der Gemeinderat bereit, sich beim Vorstand des Läset-Sonntag-Vereins dafür einzusetzen, das Datum des Läset-Sonntags ausserhalb oder am Rande der neuen Schulferien anzusetzen?

Es ist klar, dass gerade auch wegen dem Bettag Mitte September, der Läset-Sonntag nicht auf ein beliebiges Datum vor die Herbstferien verschoben werden kann. Es wäre aber sehr schade, wenn wegen der Neuregelung der Herbstferien, viele Spiezer – darunter vor allem auch viele Schulkinder – nicht mehr an unserem Winzerfest teilnehmen könnten.

Die Einfache Anfrage wird anlässlich der nächsten Sitzung beantwortet.

### 37 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Finanzierung der Finanzvermögensliegenschaften / Motion SVP-Fraktion (H. Leuthold)

#### Ausführungen des Gemeinderates

**Kurt Frei:** Der Motionär möchte für die Liegenschaften des Finanzvermögens eine Spezialfinanzierung einführen. Diese Einrichtung gibt es bereits in den Bereichen Abwasser, Kehricht, Bootsplätze und Feuerwehr. In der Rechnung 2008 ist ein Ertrag von rund Fr. 1.2 Mio. aus den Liegenschaften des Finanzvermögens in die allgemeine Rechnung eingeflossen. Andererseits wird bei Sparübungen der Liegenschaftsunterhalt gerne für Kürzungen verwendet. Wie der Motionär in seiner Begründung erwähnt, sieht der Kanton vor, dass für Liegenschaften des Finanzvermögens eine Spezialfinanzierung eingeführt werden kann. Anlässlich der Schlussrevision hat die Revisionsfirma Ernst & Young erwähnt, dass die Einführung einer Spezialfinanzierung für die Liegenschaften des Finanzvermögens ein geeignetes Instrument darstellt. Damit können die Erträge in Zukunft zweckbestimmter eingesetzt werden. Die Einführung einer Spezialfinanzierung für Liegenschaften des Finanzvermögens wird vom Gemeinderat begrüsst. Heute geht es nur um die Überweisung der Motion. Der Inhalt der Spezialfinanzierung wird im GGR wieder diskutiert werden, wenn das Geschäft hier traktandiert ist. Der GGR kann sich inhaltlich noch zum Reglement äussern. Dem GGR wird empfohlen, die Motion zu überweisen.

#### Stellungnahme des Zweitunterzeichners der Motion

**Jürg Staudenmann:** Wir wissen alle, dass Liegenschaften nicht nur Gewinn abwerfen, sondern dass diese auch Unterhalt benötigen. Beim Unterhalt kann nicht alles geplant werden. Manchmal fällt auch eine Heizung aus etc. Damit die Erträge der Liegenschaften des Finanzvermögens weiterhin fließen, müssen diese auch entsprechend unterhalten werden. Dementsprechend ist ein Fonds für diese Liegenschaften wertvoll. Die Ausgaben müssen nicht mittels „Hauruckübungen“ finanziert werden, sondern können aus diesem Fonds unabhängig der Finanzlage der Gemeinde abgezogen werden. Meistens muss man nach Sparübungen beim Liegenschaftsunterhalt mehr Geld in die Hand nehmen, wenn man den Unterhalt hinausschiebt. Es besteht die Gefahr, dass die

Erträge aus dem Finanzvermögen, welche bisher in die laufende Rechnung geflossen sind, als gegeben betrachtet werden. Der entsprechende Aufwand wird kaum berücksichtigt. Wir wissen, dass ein Hauptanteil der Überschüsse des Finanzvermögens mit der Vermietung der Schulanlage Räumli realisiert wird. Die Höhe des Betrages und ob dieser ab 2014 noch weiterfliessen wird ist fraglich. Wir wissen nicht, was mit dem Räumli weiter geschehen wird. Sicher wird es nicht mehr zu diesen Konditionen weitervermietet werden können. Namens des Motionärs wird beantragt, die Motion zu unterstützen.

### Fraktionssprecher

**Philippe Zimmermann (GS):** Die Grünen Spiez sprechen sich gegen eine Spezialfinanzierung der Liegenschaften des Finanzvermögens aus. Eine Spezialfinanzierung wird als nicht sinnvoll erachtet. Die Gemeinde Spiez leidet unter einem begrenzten finanziellen Spielraum. Dies schränkt den Handlungsspielraum zusätzlich stark ein. Man sollte nicht noch mehr Spezialfinanzierungen einführen. Budgetanpassungen können immer vorgenommen werden. Gebäude können meistens auch ein Jahr später noch renoviert werden. Eine Spezialfinanzierung wird deshalb nicht als die richtige Lösung betrachtet.

**Peter Beyeler (SP):** Die SP-Fraktion ist ebenfalls der Ansicht, dass der Wert von Liegenschaften erhalten werden muss. Die Liegenschaften des Finanzvermögens sollen weiterhin einen wichtigen Faktor des Gemeindevermögens darstellen. In diesem Sinne wird das Anliegen der Motion unterstützt und es wird empfohlen, diese zu überweisen. Es wird aber erwartet, dass das auszuarbeitende Reglement mit Augenmass erstellt wird und dieses einen gewissen finanzpolitischen Spielraum offen lässt. Bei Spezialfinanzierungen wird manchmal mehr gemacht als notwendig. Das Reglement soll deshalb mit Weitblick und Augenmass ausgearbeitet werden.

### Allgemeine Diskussion

**Urs Gurtner:** Zuhanden der Fraktion der Grünen wird ausgeführt, dass schnelle und gezielte Finanzpolitik im GGR nur mit der Abschaffung von NPM erreicht werden kann. Er geht davon aus, dass im Reglement auch die Veräusserung von Liegenschaften geregelt wird (z.B. die Verwendung von Erträgen aus Liegenschaftsverkäufen).

### Beschluss (mit grossem Mehr)

Die Motion der SVP-Fraktion (H. Leuthold) betreffend Finanzierung der Finanzvermögenliegenschaften wird überwiesen.

## 38 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Anpassung Wahlverfahren / Motion FDP-Fraktion (D. Lanz)

### Ausführungen des Gemeinderates

**Franz Arnold:** Der Motionär wünscht, dass über die drei in der Motion aufgeworfenen Punkte getrennt befunden wird. Der Antwort des Gemeinderates kann entnommen werden, dass sich der Gemeinderat die Aufgabe gegeben hat, die Verwaltungs- und Behördenorganisation zu überprüfen. Im Rahmen dieser Überprüfung sollen alle drei Ebenen (Kommissionen, GGR/Gemeinderat und Verwaltung) einbezogen werden. Der Gemeinderat tut sich schwer, die Themen in Form einer Motion entgegenzunehmen. Die Motion beauftragt den Gemeinderat, ein Anliegen umzusetzen. Das Postulat hingegen beauftragt den Gemeinderat, eine Sachlage zu prüfen. Der Gemeinderat ist der Ansicht, die Fragen betreffend Wahlverfahren und garantierte Bäuertvertretungen im Rahmen der Behörden- und Verwaltungsreorganisation objektiv überprüfen zu können. Bei der Totalrevision der Gemeindeordnung im Jahr 2000 wurde die garantierte Mindestvertretung der Bäuerten im

GGR überprüft und in der heutigen Form bestätigt. Der Gemeinderat hat damals pro Bäuert eine Mindestvertretung von zwei Personen vorgeschlagen. Der Gemeinderat ist sicherlich bereit, die Terminfrage betreffend Gemeindewahlen zu gegebener Zeit zu diskutieren. Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat, die Motion nicht zu überweisen, ist aber bereit, das Anliegen als Postulat entgegenzunehmen.

### **Stellungnahme des Motionärs**

**Daniel Lanz:** Er will mit dieser Motion nicht unbedingt mit der Türe ins Haus fallen. Er möchte aber nicht, dass die notwendigen Reformen auf die lange Bank geschoben werden. Die Gemeinderatswahlen sind Personenwahlen. Deshalb sollte das Majorzsystem angewendet werden. Bei der Bäuertgarantie ist die Problematik bekannt. Vor allem bei wählerstarken Parteien müssen Kandidaten aus dem Zentrum dauernd ein Sesselrücken veranstalten. Die Festlegung des Wahltermins in den Ferien, wo Spiez fast ausgestorben ist, macht wenig Sinn. In seiner Antwort führt der Gemeinderat aus, dass eine Überprüfung der Gesamtorganisation bis Ende 2012 abgeschlossen sein soll. Dies ist für ihn zu spät. Das Reglement sollte bis zu den Wahlen 2012 in Kraft sein. Im April 2011 sollten die Resultate bekannt sein. Wenn dieser Termin garantiert werden kann, ist das Postulat für ihn ein gangbarer Weg. Sollten die Resultate jedoch erst im Jahr 2012 vorgelegt werden, reicht dies nicht mehr aus für die Gemeindewahlen 2012 und das Ganze würde auf die lange Bank geschoben. Wenn der Gemeinderat den Termin April 2011 bestätigen kann, besteht die Möglichkeit, dass die Anliegen in Ruhe beraten und eine gute Lösung gefunden werden kann.

**Franz Arnold:** Es ist bestimmt nicht die Absicht des Gemeinderates, dass dieser Vorstoss nicht mehr in dieser Legislatur behandelt wird. Am Termin April 2011 kann festgehalten werden. Es ist vorgesehen, die Verwaltungs- und Behördenreorganisation bis spätestens Mitte 2011 abzuschliessen.

Auf die Frage der **Vorsitzenden** hält der **Motionär Daniel Lanz** momentan noch an der Form der Motion fest.

### **Fraktionssprecher**

**Walter Holderegger (SP):** Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass es nicht angebracht ist, die politisch heiklen Fragen in Form einer verpflichtenden Motion entgegenzunehmen. Einem Postulat könnte man zustimmen. Mit der Motion sollen drei wichtige Begehren verpflichtend geregelt werden. Bei Majorzwahlen besteht der Nachteil, dass die Nachwahlen meistens problematisch verlaufen und die Stimmbeteiligung unter 20 % liegt. Proporzahlen bieten meistens keine Probleme. Eine Einsitznahme in eine Exekutive ist ein wichtiger Entscheid und sollte mit einer möglichst grossen Stimmbeteiligung erreicht werden. Das mit der garantierten Bäuertvertretung verbundene Sesselrücken ist auch für die SP-Fraktion störend. Die Probleme der grösseren Parteien mit den schmerzhaften Erfahrungen hat auch die SP gemacht. Die Abschaffung des Minderheitenschutzes erscheint jedoch nicht angezeigt. Als Vorschlag könnten zum Beispiel pro Bäuert zwei Vertreter garantiert werden. Ein anderer Vorschlag wäre ein System mit 26 frei und 10 Bäuertvertretungen oder 24 frei und 12 Bäuertvertretungen. Bei Wahlen vor den Herbstferien müsste der Wahlkampf in den Sommerferien stattfinden. Die Sommerferien sind jedoch länger als die Herbstferien. Die Festlegung der Wahltermine liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. Es handelt sich demnach um eine unechte Motion. Der Termin April 2011 scheint möglich und die SP-Fraktion kann einem Postulat teilweise zustimmen.

**Rudolf Thomann (SVP):** Als er zum ersten Mal von dieser Motion gehört hat, hat ihn der zweite Satz betreffend Abschaffung der Bäuertvertretung gestört. Als Bewohner einer Bäuert ist dieser zweite Satz eine Provokation. Man bringt damit zum Ausdruck, dass man den Bäuerten schon wieder etwas wegnehmen will. Dem Motionär wird mitgegeben, dass rund 40 % der Bürger in den

Bäuerten wohnen und nicht im Zentrum. Die SVP-Fraktion würde einer solchen Motion mit diesem ominösen zweiten Satz nicht zustimmen. Mittlerweile wird davon gesprochen, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt werden könnte. Über das Wahlverfahren kann allenfalls diskutiert werden. Die SVP-Fraktion würde einem Postulat zustimmen, sich aber ganz klar von diesem zweiten Satz distanzieren.

**Evi Hürlimann (FS):** Es ist bekannt, dass der Gemeinderat die Gesamtorganisation der Gemeinde überprüfen will. Es stellt sich aber die Frage, ob es sinnvoll ist, im Vorfeld einzelne Themen daraus vorgängig zu behandeln und darüber zu befinden. Man geht die Gefahr ein, dass Änderungen nicht ins Gesamtkonzept passen. Die FS-Fraktion befürwortet deshalb die Ablehnung der Motion und kann zu einem Postulat Ja sagen. Mit dem Termin April 2011 kann man sich einverstanden erklären.

**Nadja Keiser (GS):** Die GS-Fraktion unterstützt die Motion unter anderem aus dem Grund, da der Termin verpflichtend ist. Die beiden ersten Punkte können unterstützt werden. Beim Wahltermin muss beachtet werden, dass die Herbstferien eine Woche früher stattfinden und die Parteien eine Woche mehr Zeit zur Verfügung haben. Die Arbeiten für die Parteien würden sonst in die Sommerferien verschoben.

**Andreas Bürki (EVP):** Die EVP-Fraktion hat die Motion geprüft und teilt die Argumentation des Gemeinderates. Die vorgeschlagenen Anpassungen im Wahlverfahren sind anlässlich der Überprüfung der Behörden- und Verwaltungsorganisation zu behandeln. Die EVP-Fraktion begrüsst insbesondere das Verfahren, dass man sich mit der Gesamtproblematik auseinandersetzen will. Wichtig genug scheint es auch, dass die gesamte Bevölkerung über diese Themen diskutieren können. Deshalb kann die EVP-Fraktion der Überweisung der Motion nicht zustimmen. Ein allfälliges Postulat erscheint ebenfalls unnötig, da der Gemeinderat die Thematik so oder so prüfen wird.

**Daniel Lanz (FDP):** Einleitend hat er ausgeführt, dass er nicht mit der Türe ins Haus fallen will. Da der Gemeinderat den Termin vom April 2011 bestätigt hat ist er bereit, die **Motion** in ein **Postulat** umzuwandeln. Er dankt allen, welche diesem Vorgehen zustimmen können.

### Allgemeine Diskussion

**Barbara Gradwell:** Zu Punkt 1 kann ausgeführt werden, dass das Proporzwahlverfahren zwar aufwändiger aber dafür gerechter ist. Minderheiten haben eher eine Chance einen Sitz zu gewinnen. Die Forderung nach einem Majorzverfahren wird abgelehnt. Die garantierte Bäuertvertretung soll nicht abgeschafft werden. Erst wenn man direkt von einer Angelegenheit betroffen ist, kann man sich auch besser dafür einsetzen. Über die Anzahl Bäuertvertreter kann jedoch diskutiert werden. Sie würde es begrüssen, wenn die Wahlen früher, eventuell sogar vor den Herbstferien stattfinden würden. Dem Postulat kann sie teilweise zustimmen.

**Marianne Roe:** Die Mehrheit der SVP-Fraktion ist zwar nicht gleicher Ansicht; sie möchte aber trotzdem etwas zu diesem Postulat vorbringen. Schon wieder soll ein Recht der Bäuerten abgeschafft werden. Es wurden bereits die Wahllokale in den Bäuerten geschlossen. Alle Parteien sollen in Zukunft darauf achten, die Bäuerten gleichberechtigt zu behandeln. Alle Parteien sollen an alle ihre Wählerinnen und Wähler denken. Die Formulierung „Abschaffung“ wird als beleidigend betrachtet. Die Aufteilung des GGR mit 10 Mitgliedern aus den Bäuerten und 26 Mitgliedern aus dem Zentrum erscheint als angemessen. Diese wurde anhand der Einwohnerzahl der Bäuerten berechnet. Auch wenn einmal ein oder zwei Vertreter mehr aus den Bäuerten im GGR vertreten sind, kann nicht von einem zu grossen Anteil gesprochen werden. Eventuell sollte die Motion als ungültig erklärt werden, da drei verschiedene Anträge gestellt werden. Dies erschwert die Abstimmung. Sie wird das Anliegen als Motion und als Postulat ablehnen. Die Prüfung durch den Gemeinderat ist vorgesehen.

**Beschluss** (mit grossem Mehr)

Das Postulat der FDP-Fraktion (D. Lanz) betreffend Anpassung Wahlverfahren wird überwiesen.

### 39 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Abschaffung NPM / Motion FDP-Fraktion (D. Lanz)

#### Ausführungen des Gemeinderates

**Franz Arnold:** Er möchte noch auf einige Themen hinweisen, da im GGR einige neue Mitglieder vertreten sind. NPM wurde nicht vom Gemeinderat erfunden und eingeführt. Mittels einer Motion im GGR wurde der Gemeinderat im August 2000 beauftragt, NPM einzuführen. Im Jahr 2003 wurde mit vier Pilotprojekten gestartet und 2008 war NPM flächendeckend eingeführt. Der Gemeinderat hat zusammen mit der Verwaltung versucht, ein Modell „NPM Spiez“ zu entwickeln, welches gewissen Grundsätzen Rechnung trägt. Mit der Einführung wurde versucht den Informationsgehalt der verwaltungs- und der politischen Tätigkeiten zu erhöhen sowie besser und greifbarer darzustellen, was mit dem Geld gemacht wird. Es wurde die Maxime verfolgt, ein ökonomisches Modell zu erarbeiten, welches keine zusätzlichen Kostenstellenrechnungen erfordert und keine neuen Personalbegehren auslöst. Im gesamten Prozess war auch die Trennung der strategischen und der operativen Ebene ein wichtiges Thema, damit klar ist, wer die Richtung bestimmt und wer die notwendigen Massnahmen umsetzt. Mit der Einführung der Sachkommissionen wurde auch beabsichtigt, die Arbeit der GGR-Mitglieder aufzuwerten. Parlamentarische Kommissionen erhalten so ein vertieftes Wissen, welches sich auch bei der Behandlung von Sachgeschäften niederschlagen wird. Im Weiteren ist der Gemeinderat der Auffassung, dass nach der relativ langen Einführungsphase noch nicht genügend Erfahrungen mit NPM gesammelt werden konnten. Die Tätigkeiten der Verwaltung können mit einem Hochseedampfer verglichen werden. Die Aufgaben müssen langfristig geplant werden und es ist schwierig, das Steuer einfach so herumzureissen. Tendenzen müssen frühzeitig erkannt werden um Massnahmen zu ergreifen. NPM weist kein Sparpotenzial aus. NPM wurde auch nie als Sparmodell angeschaut oder verkauft. Die Frage, ob man sparen will oder kann, ist nicht modellabhängig. NPM ist eine andere Art der Führung der Verwaltung und der politischen Prozesse. Der Gemeinderat ist auch nicht vollständig davon überzeugt, dass NPM das A und O der Verwaltungstätigkeit ist. Man ist aber überzeugt, dass es sich um ein gutes Modell handelt, welches besser geeignet ist als das Bisherige. Es sind auf allen Ebenen noch Anstrengungen nötig, damit das System noch besser funktioniert. Im heutigen Zeitpunkt ist es zu früh, NPM abzubrechen. In den nächsten zwei Jahren sollen weitere Erfahrungen gesammelt werden. Im Jahr 2011 soll der Prozess überprüft werden. Im bisherigen Prozess konnte festgestellt werden, dass es mittels parlamentarischen Vorstössen genügend Möglichkeiten gibt, Korrekturen vorzunehmen (z.B. Motion Produktegruppe Kinder- und Jugendarbeit). Der Gemeinderat beantragt deshalb, die Motion nicht zu überweisen.

#### Stellungnahme des Motionärs

**Daniel Lanz:** Die Argumentation des Gemeinderates NPM weitere zwei Jahre auf Bewährung weiterlaufen zu lassen ist nachvollziehbar. Er ist überzeugt, dass wir früher oder später von NPM Abschied nehmen werden. Er persönlich wünscht sich dies eher früher als später. Wenn man ehrlich mit sich selber ist, sind wohl nur wenige hier im Saal wirklich überzeugt von NPM. Viele von uns sind wohl verunsichert von NPM. Vor allem ist er gespannt, wie viele heute bereits bereit sind, den NPM-Versuch abzubrechen.

#### Fraktionssprecher

**Bernhard Hauck (SP):** Ein Unbehagen gegen NPM scheint recht verbreitet zu sein. Rund 50 % aller Schweizer Gemeinden, welche einmal NPM-Projekte gestartet haben, sind wieder auf ihre alten Strukturen zurückgekommen. Zur Zeit arbeiten nur rund 7 % aller Schweizer Gemeinden mit NPM. Es handelt sich dabei vor allem um Städte mit über 20'000 Einwohnern. Diese Zahlen

stammen von Professor Andreas Ladner, Spezialist für Gemeindereformen. Der Motionär sagt richtig aus, dass NPM einen beträchtlichen Mehraufwand für die Verwaltung bringt. Das heisst, dass insbesondere bei der Einführungszeit Mehrkosten verursacht worden sind. Dies ist auch der Ansatzpunkt warum das Projekt NPM zur Zeit nicht in eine andere Steuerungsform zurückgebracht werden kann. Dies würde logischerweise noch einmal Mehrkosten verursachen. Trotzdem hat die SP-Fraktion sechs Punkte, welche kritisch betrachtet werden sollen:

1. NPM ist in dieser Form nur bedingt miliztauglich
2. Die Instrumente des NPM sind komplex und teilweise nur schwer verständlich
3. Die Trennung von Strategie und Operation ist nicht immer gut erkennbar
4. NPM lässt keine schnelle Korrektur zu und man kann somit auf Unvorhergesehenes nur schlecht oder nur verspätet reagieren
5. Nicht alle Leistungen und Wirkungen lassen sich messen
6. Sparen ist grundsätzlich modellunabhängig. Es wäre politisch naiv zu denken, ein Modell bringe einen Spareffekt oder eine bessere Steuerungsmöglichkeit

Die SP-Fraktion stellt deshalb fest: „Das NPM gibt es nicht“. Gefragt ist ein für Spiez massgeschneidertes Modell, welches unbürokratisch in der Umsetzung ist und ein vereinfachtes Instrumentarium aufweist. Das Spiezer NPM macht zur Zeit seine ersten Gehversuche. Lassen wir ihm noch etwas Zeit sich zu entwickeln. Die SP-Fraktion kann deshalb zur Zeit der Überweisung der Motion nicht zustimmen. Falls die Motion nicht überwiesen wird, muss die Geschäftsordnung des GGR in Art. 33 wie folgt angepasst werden:

1. Die Sachkommissionen müssen aufgeführt werden
2. Anstelle eines jährlichen Berichtes sollte die Zusammenstellung mit dem Stand der parlamentarischen Vorstösse den Parlamentariern zugestellt werden.

**Jürg Staudenmann (SVP):** Auf Initiative der SVP (Motion) wurde NPM entwickelt und schrittweise eingeführt, bekanntlich ab 2008 flächendeckend. Das Modell wurde nicht überall gut aufgenommen und es macht auch nicht in allen Bereichen gleich viel Sinn. Für die SVP-Fraktion ist die Stossrichtung der Motion richtig. Der Gemeinderat soll überprüfen, welche Bereiche NPM-tauglich sind und welche nicht. Die Konsequenz daraus könnte sein, NPM nach dieser Überprüfung teilweise oder total abzuschaffen. Heute zu entscheiden, ohne weitere Abklärungen, geht der SVP-Fraktion zu weit. Man ist der Ansicht zuerst das NPM zu überprüfen und dem GGR Bericht zu erstatten mit entsprechenden Anträgen. Der Zeitraum der Berichterstattung im Herbst 2010 genügt. Gestützt auf diese Ausführungen wird sich die SVP-Fraktion bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

**Pia Hutzli (FS):** NPM ist erst seit einem Jahr flächendeckend eingeführt. Im Schulbereich hat sie erste Erfahrungen mit NPM gemacht. Bei der Umsetzung von NPM Schule ist man über gewisse Sachen gestolpert. Man hat sich schwer getan mit der Formulierung von Indikatoren und Standards. Die Integration ist ein Produkteziel. Als Massstab dient der Unterricht für Fremdsprachige und der Standard ist, dass Fremdsprachige dem Unterricht folgen können. Falls Fremdsprachige dem Unterricht nicht folgen können, stellt sich die Frage nach den Konsequenzen. Das Geld für die Beschaffung von Lehrmitteln ist nicht ausschlaggebend. Einige Produkteziele stehen nicht im Zusammenhang mit Budgetzahlen (z.B. Elternarbeit). Man stellt sich hier die Frage, ob man am Ziel vorbeigeschossen hat. Den Kindern werden zeitgemässe Lehrmittel zur Verfügung gestellt. Hier besteht kein oder kaum Spielraum. Verschiedene Lehrmittel sind obligatorisch (Math, Französisch). Es kann also nicht auf andere, günstigere Lehrmittel anderer Kantone zurückgegriffen werden. Bei den anderen Lehrmitteln wird nicht auf den Preis sondern auf die Qualität geschaut. Dies tönt nun sehr kritisch gegen NPM. Trotz dem Mehraufwand ist die FS-Fraktion der Ansicht, dass nach einem Jahr Umsetzungsphase NPM nicht bereits abgeschafft werden soll. Es sollen weitere Erfahrungen gesammelt werden. Die Produkte müssen angepasst werden. Ähnliche Probleme wird es wohl auch bei anderen Produkten geben. Man sollte überprüfen, in welchen Bereichen NPM Sinn macht. In Bereichen wie der Schule ist es schwierig, messbare Indikatoren und Standards zu finden. Interessant wäre es, wenn NPM mit Globalbudgets ausgebaut würde. Die FS-

Fraktion lehnt die Überweisung der Motion ab. Es soll überprüft werden, in welchen Gebieten NPM sinnvoll ist.

**Godi Bärtschi (EVP):** Auch die EVP-Fraktion teilt die Argumentation des Gemeinderates. Es wurde mehrfach ausgeführt, dass ein Abbruch von NPM verfrüht ist, nachdem NPM erst 2008 flächendeckend eingeführt wurde. Bei einzelnen Produkten konnten Schwachstellen festgestellt werden, welche zum Teil bereits korrigiert wurden. Es ist wichtig, dass auch die anderen Produktgruppen überprüft werden. Der Aufwand für NPM kann heute noch nicht abschliessend beurteilt werden. Den Sachkommissionen und zum Teil auch der GPK fehlt noch die Routine für eine korrekte Beurteilung der Situation. Es ist sinnvoll, wenn jetzt schon sichtbare Leerläufe korrigiert werden. Deshalb ist die EVP-Fraktion ebenfalls der Ansicht, dass nicht zwingend alle Produktgruppen dem NPM unterstellt werden müssen. Wenn keine messbaren Indikatoren vorhanden sind, sollte darauf verzichtet werden. Eine Sparwirkung durch NPM ist nie versprochen worden, ist aber auch nicht ausgeschlossen. Wenn sich die GPK und die Sachkommissionen einen guten Überblick über die Verwaltungstätigkeit verschafft haben, können Schwachstellen ausgemacht und ausgemerzt werden. Hier liegt durchaus etwas drin. Eine Auseinandersetzung mit den Alltagsproblemen der Verwaltung erhalten die Sachkommissionen und die GPK nicht in so kurzer Zeit. Deshalb soll der Versuch noch nicht abgebrochen werden. Nach Auffassung der EVP-Fraktion ist eine Diskussion über die Wirksamkeit und Effizienz von NPM sicher sinnvoll, aber erst etwa in zwei Jahren. Deshalb wird die EVP-Fraktion die Motion nicht überweisen.

**Philippe Zimmermann (GS):** Er versucht die Problematik mit einer Metapher darzustellen. Es handelt sich um einen Umzug von einem alten in ein neues Haus. Man ist gerade im neuen Haus angekommen und hat neue Möbel gekauft. Die Möbel wurden geliefert, aber nur ins Haus hineingestellt. Nun stellen wir fest, dass dies uns gar nicht so gut gefällt. Wir sind nicht wunschlos glücklich im neuen Haus. Es stellt sich nun die Frage, welche Möglichkeiten wir haben. Wir können nochmals umziehen und zurück in unser altes Haus fahren (= Umzugskosten). Vielleicht gibt es irgendwo noch ein drittes Haus, welches uns noch gefallen könnte, dieses ist aber nicht in Sicht. Es bleibt nur die Lösung im neuen Haus die Möbel (Instrumente) so anzuordnen, dass wir uns wohlfühlen, funktionstüchtig sind und wir darin eine Zukunft sehen. In diesem Sinne lehnt die GS-Fraktion die Motion zur Abschaffung von NPM ab.

**Urs Gurtner (FDP):** Die FDP-Fraktion stellt fest, dass mit NPM vieles anders geworden ist, aber nicht besser. Es war nicht falsch, den Versuch zu wagen. Ebenso wichtig ist es nun, den Versuch abzubrechen. Im Innersten muss man erkennen, dass NPM nicht das gebracht hat, was wir uns erhofft haben. Vor 10 Jahren war NPM ein Zauberwort für eine effiziente Verwaltung. Er hat auch im Internet recherchiert und vieles von Andreas Ladner gefunden. Man muss feststellen, dass der Euphorie zunehmend Ernüchterung und Skepsis gefolgt ist. Nicht wenige Gemeinden haben ihre NPM-Übungen abgebrochen oder auf einige Produkte reduziert (z.B. Lyss, Münchenbuchsee, Zollikofen, Dübendorf, Zürich etc.). In der Gemeinde Köniz ist der NPM-Dampfer zerschellt. Aus dem Schwemmholz wurde ein „NPM-Flösschen“ gebaut. Der frühere Gemeindepräsident von Köniz, Henri Huber hat einen Erfahrungsbericht über NPM verfasst. Er hat sich 10 Jahre lang intensiv mit NPM befasst. Er sagt heute, dass er vom neugierigen Anhänger zum skeptischen Kritiker von NPM geworden ist. Zitat aus diesem Bericht: „Wer sich mit NPM befasst, wird in der Regel von Begeisterung ergriffen, da das Konzept süffig, logisch und erfolgsversprechend daherkommt. Wenn eine Organisation NPM tatsächlich eingeführt hat, muss man feststellen, dass die Bürokratie den Sieg davongetragen hat“. Diese Aussagen stammen vom ehemaligen Gemeindepräsidenten von Köniz mit rund 39'000 Einwohnern. Er hat NPM unmittelbar miterlebt. In seinem Erfahrungsbericht schreibt er weiter, dass zahlreiche theoretische Grundsätze in der Praxis falsch oder nicht umsetzbar sind. NPM ist ein Modell der Privatwirtschaft und für eine Gemeindeverwaltung nicht oder nur beschränkt geeignet. In der Privatwirtschaft ist alles erlaubt was nicht verboten ist. Bei der Gemeindeverwaltung ist alles verboten was nicht erlaubt ist. Henri Huber gibt den Gemeinden den Rat: Finger weg von NPM. Die bisherigen Erfahrungen mit NPM in der Praxis haben nicht zu einer Vertrauens- sondern zu einer Misstrauenskultur geführt, zu einer Bürokratisierung der Verwaltung. NPM ist zwar erst vor einem Jahr flächendeckend eingeführt worden. Einzelne Produkte gibt es

jedoch bereits seit dem Jahr 2003. Es handelt sich nicht um ein Projekt, wie sich dies der Motionär vorgestellt hat. Ziel ist mehr Effizienz im Erbringen von Leistungen. Heute haben wir einen riesigen Ballon, welcher uns in nächster Zeit davon fliegt oder „die Geister die ich rief, werd ich nun nicht mehr los“. Die komplexen Begriffe des NPM bringen die Milizpolitiker an ihre Grenzen oder es überfordert sie. Dies wird sich auch nicht ändern, wenn wir NPM noch länger beibehalten. Man darf die Fluktuation im GGR nicht vergessen. Dies führt auch immer wieder zu Wechseln in den Sachkommissionen und jedes neue Mitglied muss sich wieder neu in die komplexe Materie einarbeiten. Es gab auch schon Debatten über die Auslegung der Zuständigkeiten zwischen Exekutive und Legislative. Was kann man, wann kann man, und wie kann man als GGR-Mitglied Einfluss nehmen. Wer soll führen, wer soll kontrollieren und wer soll korrigieren. Es gab einige Debatten hier im GGR über diese Themen. Der Versuch war trotzdem kein Flop. Es gab diverse Erkenntnisse über die Verwaltung, welche sicher auch als Grundlage für die anstehende Verwaltungsreform dienen werden. Wenn wir heute NPM beenden sind wir in bester Gesellschaft mit anderen Gemeinden, welche nach der ersten Euphorie die Konsequenzen gezogen haben. Im Tessin wurde NPM ebenfalls abgeschafft. Beim Kanton heisst das Projekt NEF (neue Führung oder „noch ein Fehler“). Die FDP-Fraktion spricht sich klar gegen die Weiterführung von NPM aus. Nach sechs Jahren braucht es keine Bewährungsprobe mehr. Die Motion soll deshalb überwiesen werden.

### Allgemeine Diskussion

**Franz Arnold:** Es ist nicht so, dass der Gemeinderat und die Verwaltung an NPM festhalten wollen. Der Gemeinderat und die Verwaltung führen aus, was die Politik entscheidet. Das Wort „Versuch“ ist gefährlich. Wir sind nicht am „Pröbeln“, sondern befinden uns in einem Lernprozess. Der Grad an Wissenszuwachs in den letzten Jahren ist enorm. Es ist ein Unterschied zu früher feststellbar. Die Verwaltung wurde in den letzten Jahren ordnungsgemäss- und gesetzeskonform geführt. Die Rechnung wurde ebenfalls ordentlich abgeschlossen. Beim Zitat von Henri Huber über NPM handelt es sich um ein Elaborat. Eine Lehre, welche wir daraus gezogen haben ist, dass wir eine übertriebene Bürokratie mit Mehraufwand verhindern wollen. Es muss ein pragmatisches Modell sein, welches praxistauglich ist. Es ist klar, dass NPM für die Verwaltung einen gewissen Mehraufwand gibt. Jedes System mit welchem Menschen arbeiten bedarf der zeitweiligen Überprüfung und gibt einen Mehraufwand. NPM wird jedoch in Zukunft weniger Aufwand geben. Wir wollen verhindern, dass NPM zu einem grossen Ballon wird. Die Berichterstattung über die Verwaltungstätigkeit soll in einem moderaten Rahmen erfolgen und gute Informationen liefern. Es soll kein 400-seitiges Buch, wie dies z.B. die Stadt Thun kennt, geben. In den nächsten zwei Jahren soll NPM vertieft geprüft werden. Damit verbunden ist auch die Hoffnung, dass sich das Modell einspielen wird und die Vorteile ersichtlich werden. Der Lernprozess soll fortgesetzt werden.

### **Beschluss** (mit grossem Mehr)

Die Motion der FDP-Fraktion (D. Lanz) betreffend Abschaffung NPM wird nicht überwiesen.

## 40 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen

### Entlastung von Familien und Gewerbe bei den Strompreisen / Motion SVP-Fraktion (J. Staudenmann)

#### Ausführungen des Gemeinderates

**Kurt Frei:** In wirtschaftlich schwierigen Zeiten sollte man die Konsumenten nicht mit zusätzlichen Abgaben belasten. Die Konzessionsgebühr der BKW ist jedoch nicht neu. Der Vertrag zwischen der BKW und der Gemeinde wurde im Jahr 2004 verlängert. Mit der Liberalisierung des Strommarktes muss die BKW bei der Stromrechnung die Konzessionsabgaben an die Gemeinde offen ausweisen. Die Erhöhung des Strompreises ist jedoch nicht auf die Konzessionsabgabe zurückzuführen, sondern auf die Öffnung des Strommarktes. Die Konzessionsabgabe ist auf Fr. 300.00 pro Verbraucher begrenzt. Die Konsumenten können mit einfachen Sparmassnahmen selber zu einem

tieferen Stromverbrauch beitragen. Die Motion bringt für die Gemeindefinanzen einen erheblichen Einnahmeausfall. Für die einzelnen Verbraucher ist die Entlastung kaum spürbar.

### **Stellungnahme des Motionärs**

**Jürg Staudenmann:** Es ist ohne weiteres so, dass die Entlastung für die Einzelnen nicht gross ausfällt. Bei der Motion geht es jedoch in den wirtschaftlich schweren Zeiten immer mehr darum ein Zeichen zu setzen. Der Staat und die Gemeinden sollen den sozial Schwächeren helfen, ihre Not zu lindern. Wir haben eine starke Zunahme der Arbeitslosen (zur Zeit sind 134'700 Menschen davon betroffen). Bei vielen ist Kurzarbeit angesagt und viele sind entlassen worden. Die Statistiken vom März 2009 zeigen ein deutliches Bild. In der Statistik erscheinen jedoch die 147'000 „Working poor“ und die 380'000 Armen nicht. Ein weiterer erheblicher Anstieg wird wegen der weltweiten Wirtschaftskrise erwartet. Für Familien mit Kindern ist jede noch so kleine Entlastung des Budgets willkommen. Elektrizität brauchen wir alle. Gerade bei der sozial schwachen Gruppe bedeuten Minderausgaben viel. Die Gemeinde kann die Einbusse ohne weiteres verkraften mit dem positiven Rechnungsabschluss. Setzen wir ein Zeichen für die sozial Schwächeren.

### **Fraktionssprecher**

**Martin Fink (FS):** Die FS-Fraktion hat Verständnis für das Anliegen der Motion in wirtschaftlich schweren Zeiten ein Zeichen zu setzen. Man muss jedoch bedenken, dass die Strommarktliberalisierung die Konsumenten nicht wie angekündigt massivst getroffen hat. Die Stromrechnung muss konsumabhängig sein. Es wird dabei an die Eigenverantwortung der Verbraucher appelliert. Die administrativen Aufwendungen würden vor allem am Anfang unverhältnismässig hoch ausfallen. Man geht von 50 % einer Stelle aus. Die FS-Fraktion ist ebenfalls der Ansicht, dass man Wege für die Ankurbelung der Wirtschaft finden sollte. Eine Chance bietet das raschmögliche Umsetzen von geplanten Investitionen. Der Aufwand und der Ertrag dieser Motion stehen in keinem Verhältnis, zu einem Verzicht auf einen halben Steuerzehntel. Die FS-Fraktion lehnt deshalb die Überweisung der Motion ab.

**Eliane Baumann (SP):** Die Absicht der Motion tönt eigentlich gut und wäre für die SP-Fraktion ein klarer Fall zur Überweisung. Wenn man jedoch die Antwort des Gemeinderates betrachtet, sieht die Situation etwas anders aus. Durchschnittlich belastet die Gemeindeabgabe einen Haushalt mit Fr. 68.00 pro Jahr. Das heisst 1.5 Kaffee im Restaurant, zwei Tageszeitungen, eine Packung Zigaretten oder 1.5 kg Brot vom Bäcker pro Monat. Auf der anderen Seite stellt dies einen Verzicht von Fr. 560'000.00 pro Jahr für die Gemeinde dar. Dies bedeutet konkret mehr Schulden, wo sparen wir dies ein, welche Investitionen führen wir nicht aus, welche Standards werden gesenkt. Es stellt sich die Frage, welche Seite mehr gewichtet werden soll. Nach all diesen Überlegungen kann die SP-Fraktion der Überweisung der Motion nicht zustimmen.

**Markus Wenger (EVP):** Die EVP-Fraktion hat die Motion unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit betrachtet. Ziel der Nachhaltigkeit muss es sein, in den nächsten Jahren vermehrt Ressourcen zu besteuern und weniger die Arbeit. Aus diesem Grund sollen Familien und sozial Schwächere entlastet werden. Die Motion geht jedoch genau in die andere Richtung. Deshalb ist die EVP-Fraktion der Überzeugung, dass die Motion so nicht angenommen werden kann. Die Wirkung ist fast bedeutungslos. Bei der Betrachtung seiner Stromrechnung fällt die Gemeindeabgabe mit Fr. 30.00 pro Jahr aus. Für Firmen beträgt die Abgabe Fr. 300.00 pro Standort. Dieser Betrag fällt kaum ins Gewicht. Es ist wichtig, die Ressourcenbesteuerung beizubehalten, damit die Arbeit entlastet und ein Schritt in die richtige Richtung (= Nachhaltigkeit) getan wird.

**Urs Maibach (SVP):** Die SVP-Fraktion hat die Ausgangslage mit der Antwort des Gemeinderates betrachtet. Es kann festgestellt werden, dass der Gemeinderat ausführt, nicht an der Strompreiserhöhung schuld zu sein. Es geht jedoch nicht darum Schuldige zu suchen. Das Gewerbe wird in

der Antwort des Gemeinderates nicht erwähnt. Zu den angestellten Vergleichen kann ausgeführt werden, dass sich eine Familie mit der Einsparung der Konzessionsabgabe zum Beispiel für ihre Kinder Schuhe kaufen oder eine sonstige nötige Anschaffung tätigen kann. Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, die Motion überweisen zu lassen und damit ein Zeichen zu setzen für die sozial Schwachen und die Familien.

**Klaus Aegerter (GS):** Die GS-Fraktion lehnt die Motion klar ab. Die durchschnittliche Konzessionsabgabe von Fr. 5.60 pro Monat bedeutet beim aktuellen Strompreis eine Einsparung von 25 kWh Strom pro Monat. Dies kann locker mit der Abschaltung aller „Standby“-Geräte erreicht werden. Plötzlich könnte festgestellt werden, dass viel mehr gespart werden kann als die Fr. 5.60 pro Monat. Vor gut 10 Jahren hat er bei der Gemeindeverwaltung Energiesparwochen durchgeführt. Dabei konnte der Stromverbrauch um 13 % gesenkt werden ohne den Einsatz von technischen Massnahmen. Wenn man pro Haushalt 10 % Strom einspart, macht dies pro Monat relativ viel aus. Der Gemeinde sollen nicht Konzessionsgelder weggenommen werden, welche den Handlungsspielraum einschränken. Der Ansporn muss auf der anderen Seite gegeben werden.

### Allgemeine Diskussion

**Philippe Zimmermann:** Die Strommarktliberalisierung wurde zwar vom Stimmvolk abgelehnt aber zwei Jahre später trotzdem vom bürgerlichen Parlament gutgeheissen. Das Resultat davon sind massiv gestiegene Strompreise. Es kann nicht sein, dass die öffentliche Hand mit öffentlichen Geldern die Stromkonzerne subventioniert. Es ist erschreckend, was gewisse bürgerliche Parteien für ein Verständnis von staatlicher Wirtschaftspolitik haben.

### Beschluss (mit grossem Mehr)

Die Motion der SVP-Fraktion (J. Staudenmann) betreffend Entlastung von Familien und Gewerbe bei den Strompreisen wird nicht überwiesen.

## 41 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Schulleitungsmodell / Motion K. Aegerter (GS)

### Ausführungen des Gemeinderates

**Jolanda Brunner:** Am 15. September 2008 hat der GGR beschlossen, dass bei der zweiten Lesung des Schulreglementes die Verordnungen mindestens im Entwurf vorliegen. Die Schulkommissionen (Kindergarten und Primar- sowie die Real- und Sekundarschulkommission) haben einen Grundsatzentscheid zum Schulleitungsmodell gefällt. Es wurde klarer Handlungsspielraum ausgemacht, da eine Verschiebung von Kompetenzen von der Schulkommission zu den Schulleitungen vorgesehen sind. Es ist klar, dass die Schulkommissionen zusammengelegt werden. Es standen diverse Projekte an, welche angegangen werden mussten. Dies hat dazu geführt, dass der Grundsatzentscheid zum Schulleitungsmodell mit einer Hauptschulleitung gefällt wurde. Die Schulkommissionen haben jedoch nicht versprochen, mit weiteren Schritten bis zur zweiten Lesung des Schulreglementes zuzuwarten. Die Schulkommissionen müssen ihren Auftrag nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen. Viele haben sich auch die Frage gestellt, warum keine Verordnung zum Schulleitungsmodell ausgearbeitet wurde. Der Grundsatzentscheid wurde gefällt. Mit den Schulleitungen wurden Workshops durchgeführt und Sitzungen abgehalten. Dabei musste genügend Zeit einberechnet werden. Erst wenn das Funktionendiagramm steht, kann die Verordnung über das Schulleitungsmodell erstellt werden. Die Verordnung zum Schulleitungsmodell wird bei der zweiten Lesung mindestens im Entwurf vorgelegt und per 1. August 2009 in Kraft gesetzt werden. Der Gemeinderat beantragt, die Motion nicht überweisen zu lassen.

## Stellungnahme des Motionärs

**Klaus Aegerter:** Die öffentliche Diskussion über dieses Thema hat sich in letzter Zeit beruhigt. Im Hintergrund ist jedoch viel gelaufen. Es sind in Bezug auf ihn und seine Motion viele Halb- und Unwahrheiten in Umlauf geraten. Er kann austeilen und auch einstecken. Dies geht aber nur dann, wenn dies auf direkte Art und Weise geschieht. Er hat nach der Informationsveranstaltung für die Lehrerschaft mit Vertretern der Schulkommission gesprochen. Er hatte dabei das Gefühl, dass sein Anliegen aufgenommen wurde. Er hat nie ausgeführt, dass das nun vorliegende Schulleitungsmodell schlecht ist. Es stellt sich nur die Frage, ob dieses für alle Stufen gut ist. Er hat nie ausgeführt, dass die Personen, welche daran gearbeitet haben, schlechte Arbeit geleistet haben. Er hat nur die Frage gestellt, ob es sich dabei um das richtige Gremium handelt. In diesem Zusammenhang hat er auch nie die während längerer Zeit fehlende Information bemängelt. Er hat auch nie gefordert, dass man den Schulleitungen die Anstellungskompetenz geben sollte. Während der Übergangsphase bis zur Einführung der neuen Strukturen sollen die Anstellungskompetenzen bei der Schulkommission bleiben. Er hat hier im Rat sein demokratisches Recht wahrgenommen. Es ging ihm nur darum, klar die Kompetenzen anders zu regeln, als dies momentan der Fall ist und nicht, dass ein anderes oder das alte Schulleitungsmodell wieder eingeführt wird. Er hat sich dabei an den Kanton angelehnt, was dieser vorgibt. Deshalb sollte der Gemeinderat für die Wahl des Schulleitungsmodells und der Hauptschulleitung zuständig sein. Man hat nicht gehört, was er sagen wollte. Man hat nur gehört, was man hören wollte. Es wurden Sachen in Umlauf gebracht, welche nur halb- oder sogar unwahr sind. Wenn sich bei der Wahrnehmung eines demokratischen Rechtes sogar Auswirkungen auf das berufliche und private Umfeld ergeben, ist dies bedenklich. Dies nimmt die Freude an der politischen Auseinandersetzung. Dies ist der Grund, warum er die Motion **zurückzieht**. Dies nicht aus Angst, die Motion könnte abgelehnt werden, sondern wegen den Ereignissen, welche rund um die Motion passiert sind.

## 42 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Energiestadtlabel / Motion SP-Fraktion (U. Nyffenegger)

### Ausführungen des Gemeinderates

Der Gemeinderat verzichtet auf weitere Ausführungen.

### Stellungnahme des Zweitunterzeichners der Motion

**Walter Holderegger:** Die SP-Fraktion kann sich mit der Abschreibung der Motion grundsätzlich einverstanden erklären. Das Anliegen der Motion wurde gut umgesetzt. Hiefür wird dem Gemeinderat und der Verwaltung bestens gedankt. Bei der Erfolgskontrolle wird unter Punkt 7 ein wichtiger Ansatz erwähnt. Die Erfolgskontrolle und die Wiederholungsaudits sind ein sehr wichtiger Aspekt. Stillstand bedeutet Rückschritt, ganz bestimmt in Energiefragen. Die Ressourcen werden langsam knapper und die Energiepreise steigen. Dazu ist eine optimale Kommunikation nötig. Diese war bisher zum Teil noch etwas mangelhaft und kann noch verbessert werden. Unternehmer wie Private wissen was es heisst, Energiesparmassnahmen umzusetzen. Dieses Wissen muss weiterhin kommuniziert werden und sollte in die neue Ortsmarketing-Organisation einfließen. Das Energiestadt-Label gilt es zu erhalten und auszubauen. Dazu wird dem Gemeinderat viel Erfolg gewünscht.

### Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

### Beschluss (einstimmig)

Die Motion der SP-Fraktion (U. Nyffenegger) betreffend Energiestadtlabel wird als erfüllt abgeschrieben.

### **43 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Änderung Wahl- und Abstimmungsreglement / Motion SVP-Fraktion (M. Roe-Zurbuchen)**

Der Artikel 7, Abs 1 „Stimmabgabe“ lautet heute wie folgt:

1 Das Stimmrecht ist durch den Stimmberechtigten persönlich an der Urne auszuüben, sofern er nicht vom Recht auf briefliche Stimmabgabe Gebrauch macht. Für die briefliche Stimmabgabe gilt die gleiche Regelung wie bei kantonalen Abstimmungen und Wahlen.

Der Gemeinderat wird mit dieser Motion beauftragt, dem Grossen Gemeinderat eine Vorlage zur Änderung des oben erwähnten Artikels 7 „Stimmabgabe“ mit Einschub von folgendem Satz vorzulegen:

„In jeder Bäuert muss ein Wahllokal zumindest während 1.5 Stunden am Wahl- bzw. Abstimmungssonntag geöffnet sein.“

#### **Begründung**

Ein grosser Teil der Bevölkerung, besonders aus den Bäuernten, ist mit dem Verlust von Freiheiten und Gleichberechtigung der Bäuernten nicht einverstanden. Alle die, die sich die Mühe nehmen, persönlich an die Urne zu gehen, sollen in diesem Tun unterstützt und nicht behindert werden. Ein Einwohner, z.B. aus der Bäuert Einigen, soll nicht gezwungen werden für die Urnenabstimmung bis nach Spiez-Zentrum zu gehen. Die Bäuernten Einigen mit 1'600, Faulensee mit 1'250, Spiezwiler mit 1'200 und Hondrich mit 890 Einwohner, haben die Grösse selbständiger Gemeinden.

In grösseren Städten stehen zum Beispiel Stimmlokale in verschiedenen Bezirken zur Verfügung.

#### **Antrag**

Dem Grossen Gemeinderat wird beantrag, die Motion zu überweisen.

Die Motionärin: R. Roe-Zurbuchen und 8 Mitunterzeichnende

#### **Ergänzungen der Motionärin**

**Marianne Roe:** Das Anliegen wurde bereits anlässlich der letzten Sitzung ausführlich begründet. Man muss dringend verhindern, dass immer mehr Rechte der Bäuernten eingeschränkt werden. Sie bittet, die Motion zu gegebener Zeit zu überweisen.

### **44 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen NPM Modell / Motion SVP-Fraktion (J. Staudenmann)**

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem GGR bis Ende 2010 einen Bericht zu erstatten, verbunden mit den entsprechenden Anträgen, ob das NPM Modell Spiez vollständig aufzuheben bzw. auf Teilbereiche der Verwaltungstätigkeiten zu beschränken ist.

#### **Begründung**

Die generelle Einführung des NPM Modells per 01.01.2008 ist aus der Sicht der SVP ein Fehler gewesen. Es stellt sich in der kurzen Zeit, in der das NPM Modell Gültigkeit hat, heraus, dass dieses Modell ganz klar nicht für alle Verwaltungstätigkeiten geeignet ist.

Die SVP ist somit klar der Meinung, dass nun rasch eine vertiefte Analyse über die Auswirkungen und Folgen des NPM Modells erstellt werden muss.

Dem Parlament sind dann – je nach den sich daraus ergebenden Ergebnisse der Analyse – die entsprechenden Anträge auf Aufhebung bzw. Beschränkung des NPM Modells zu stellen.

Der Motionär: J. Staudenmann und sieben Mitunterzeichnende.

### Schlussbemerkungen

**Die Vorsitzende** orientiert, dass der Männerturnverein in diesem Jahr sein Jubiläum zum 75-jährigen Bestehen feiert. Der Verein engagiert sich bei Schweiz bewegt und macht mit mit beim Projekt „go for 5.“ Dieser Anlass findet am 5. Mai 2009, 17.00 Uhr, bei der Turnhalle ABC-Zentrum statt (Details siehe SpiezInfo). Die Veranstalter würden sich freuen, wenn auch Behördemitglieder an diesem Anlass teilnehmen würden.

Zum Abschluss der Sitzung ein musikalischer Beitrag zum Thema NPM, welcher auch zum Schmunzeln anregen soll und politisch nicht ganz korrekt ist, obschon bei der Planung des Beitrages die FDP (U. Gurtner) und die SP (U. Zybach) beteiligt waren:

### Ruedi Krebs, Kennet dir scho ds NPM?

kennet dir scho ds NPM  
 NPM so seit mä däm  
 besser wärdi alls am änd  
 mit new public mänätschmänt  
 und was gä die für ne rat  
 wie-n-e firma syg dr staat  
 und dr bürger syg e chund  
 und was überchunnt e chund  
 es produkt  
 es produkt  
 dasch üses änd  
 dasch üses änd  
 new public mähhh  
 new public mähhh  
 new public mähhh-nähhh-tschmänt  
 input output effizienz  
 qualität u kompetänz  
 gäng no schnäller ohni änd  
 optimiere permanänt  
 und kontrolle rund um d'uhr  
 fragebogediktatur  
 und am schluss wird unschiniert  
 no d'kontrolle kontrolliert  
 und ir schuel dr lehrer seit  
 loset wis bi üs jetz geit  
 nützlechs nume wird studiert  
 das wo d'wirtschaft üs diktiert  
 grad wi im ne-n-automat  
 alles isch für öich parat  
 und dr schüeler isch e chund  
 und isch wenn är usechunnt  
 und we die vor polizei  
 einisch eine gfange hei

und dä hinger gitter chunnt  
 isch dä gängschter promt e chund  
 chunde sötte zfride sy  
 gschäft sy süsch de gly verby  
 und was isch e guete chund  
 wenn er gly scho wieder chunnt  
 wäm me früecher ghulfe het  
 däm wo alt u chrank im bett  
 ou däm mit em blindehund  
 allne dene seit me chund  
 und vo chunde wott me gäld  
 nei was isch das für ne wält  
 und es wird privatisiert  
 das wo staatlech no räntiert  
 gäng meh, gäng meh, gäng meh gwinnt  
 dasch vor chrämerlehr dr sinn  
 ungerere million  
 git es kei mänätscher-lohn  
 ds chlynschte heisst jetz gross: projekt  
 drin isch raffiniert versteckt  
 s'gseht wie bire sekte-n-us  
 wär mal drin isch chunnt nümm frus  
 drum löt lieber d häng vo däm  
 vo däm blöde-n-NPM  
 mir gö au kaputt am änd  
 mit new public mänätschmänt  
 Ruedi Krebs, 26. Mai 2001

Schluss der Sitzung: 21.20 Uhr

**NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES**

Die Präsidentin

Der Protokollführer

U. Zybach

A. Zürcher